Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 74. Sonnabend den 15. März 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 16. März, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das **Ausheben** der **Schnee-** und **Märzglöckchen**, der **Schlüsselblumen** und **Maiglöckchen mit deren Zwiebeln** und **Wurzeln** aus den **städtischen Waldungen** wird nach §. 151 fg. 158 des Straßenpolizeiregulativs hiermit bei einer **Geldstrafe bis 60 Mark** oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen untersagt.

Gleichzeitig bringen wir das **Verbot des Betretens** der **städtischen Waldungen** außerhalb der gebahnten Wege in Erinnerung, verweisen in dieser Beziehung auf die angebrachten Plakate und bemerken, daß das Aufsichtspersonal angewiesen ist, auf strenge Durchführung der beiden vorstehenden Verbote zu achten.

Leipzig, den 14. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hentschel.

Ausschreibung.

Neubau der Central-Markthalle in Leipzig betr.

Die Eindeckung der Hallendächer an der Markthalle mit verzinktem Eisen-Blech, sowie die Herstellung der erforderlichen Dachrinnen und Abfallröhren soll vergeben werden.

Die Bedingungs- und Arbeitsverzeichnisse können durch unsere Bauverwaltung im Baubureau an der Windmühlenstraße hierselbst gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von einer Mark bezogen, bez. im Baubureau, woselbst auch die Zeichnungen rc. ausliegen, eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift

Central-Markthallen-Klempnerarbeiten rc.

bis 24. April cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhaus allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bez. die Theilung der Arbeiten und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 11. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1748. Dr. Tröndlin. Kühling.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr Otto Kirschbaum,
Leipzig-Gohlis, Lindenthaler Straße Nr. 37,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 12. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 1260. Dr. Tröndlin. Wolfram.

Bekanntmachung.

Der Barbier und Arbeiter **Otto Heinrich Stadelmann**, zuletzt in Leipzig, Gerberstraße 58, wohnhaft, wird hierdurch aufgefordert, zu seiner Vernehmung vor dem unterzeichneten Gericht zu erscheinen oder seinen Aufenthaltsort demselben zu den Acten D 281/89 anzuzeigen.

Weißenfels, den 11. März 1890.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung III.

Praktischer Socialismus.

* Wir leben bekanntlich in einer Zeit, in welcher in weiten Kreisen der Bevölkerung die allgemeine Begriffsverwirrung außerordentlich große Fortschritte gemacht hat und in Folge dessen im politischen und gesellschaftlichen Leben Erscheinungen zu Tage treten, die nicht gerade für den gesunden Menschenverstand sprechen. Es mögen für das Gegentheil dessen, was behauptet und zum Gegenstand der Anklage gegen die bestehenden Zustände gemacht wird, noch so offenkundige Thatsachen und Beweise vorhanden sein, das hilft Alles nichts, der Jude wird verbrannt, bei Vielen ist heute Das, was bis jetzt für weiß gehalten worden, schwarz, und die leichtgläubige, oberflächliche Menge glaubt, was ihr in dieser Beziehung vorgeredet wird. Solche Betrachtungen müssen sich unwillkürlich aufdrängen, wenn man liest, daß erst in diesen Tagen wieder in einer in Leipzig abgehaltenen Versammlung ein hervorragender Führer der Deutschsocialen, in Wirklichkeit antisemitischen Partei, dem in nächster Zeit Gelegenheit gegeben sein wird, sein Licht im Reichstag leuchten zu lassen, die vollständig unwahre Behauptung erhoben hat, daß die bisher herrschenden Parteien sich nie um die Arbeiterverhältnisse gekümmert und daß sie in Folge dessen die Arbeiter in die Arme der Socialdemokraten getrieben hätten. Es scheint, daß Niemand in der Versammlung dieser Behauptung widersprochen hat, was uns übrigens nicht verwundert, da die Meisten dahin gehen, nur um ihre Neugier zu befriedigen.

Ein ander Ding ist es, ob es zweckmäßig erscheint, daß auch die Presse derartige in die Welt gesetzte Behauptungen unwiderlegt lassen soll. Wir können uns nicht auf diesen Standpunct stellen, sondern sind der Meinung, daß die besonnene Presse Denjenigen, welche auf diese Weise dem Volke die Köpfe verdrehen, gehörig auf die Finger sehen, daß sie Unwahrheit und Entstellung mit den Waffen der Wahrheit bekämpfen soll, so oft die Gelegenheit sich darbietet. Ob es ein Socialdemokrat oder ein Deutschfreisinniger oder ein Antisemit ist, welcher sich gegen die Wahrheit vergangen hat, ist ja ganz gleich. Grade die Antisemiten sind es, welche sich bei ihrer Bekämpfung der staatserhaltenden Parteien auf eine so hohe Stufe der Ueberhebung stellen, daß sie nicht verlangen können, mit besonders freundlichen Augen angesehen zu werden. Eine Ueberhebung aber, die ihres Gleichen sucht, ist die Behauptung, die bis jetzt herrschenden Parteien hätten sich gar nicht um die Arbeiterverhältnisse gekümmert und deshalb seien die Arbeiter in die Arme der Socialdemokratie getrieben worden!

Wenn wir auch nicht annehmen wollen, daß diese Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt worden ist, so bekundet der Führer der Antisemiten, aus dessen Munde sie geflossen, damit eine so totale Unkenntniß der Zeitgeschichte, ein solches Unvertrautsein mit notorischen Thatsachen unserer ganzen neueren socialen Entwickelung, daß man in der That nicht recht weiß, was man dazu sagen soll. Das Sprichwort „Unverstand regiert die Welt" ist zwar ein sehr altes, indessen man sollte doch nicht erwarten, daß Diejenigen, welche in unserem politischen Leben sich als Bahnbrecher einer neuen, einer besseren Zeit aufspielen, welche hochmüthig Denjenigen, welche seither ihre besten Kräfte für des Volkes Wohl und Wehe eingesetzt haben, jedes Verdienst und jedes Verständniß absprechen, sich als so unwissend in Bezug auf die socialpolitische Vergangenheit unseres Volkes zeigen würden. Um mit Dem anzufangen, was den Ausgangspunct bildet für die Hebung der Lage der Arbeiter, so erinnern wir einfach daran, daß die Gesetze über die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit, im Einverständniß mit den Regierungen, durch die „bis jetzt herrschenden Parteien" zu Stande gekommen sind. Wir wissen recht wohl, daß die Antisemiten gegen diese beiden Gesetze mancherlei einzuwenden haben, damit wird aber die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Arbeiter von diesen Gesetzen das Meiste profitirt haben. Und wer hat ferner ein für die Arbeiterwelt sehr bedeutsames und wichtiges Gesetz, dasjenige über die Coalitionsfreiheit, zu Stande gebracht? Man kann darüber sehr verschiedener Meinung sein, ob die den Arbeitern gesetzlich gewährte Coalitionsfreiheit für die Allgemeinheit von unbedingtem Nutzen ist, zumal da ein so ausschweifender Gebrauch von ihr gemacht wird, aber die Richtigkeit des Satzes, daß die Arbeiter daraus ihren Nutzen ziehen, ist nicht umzustoßen, und Diejenigen, durch deren gesetzgeberische Mitwirkung das Gesetz über die Coalitionsfreiheit zu Stande kam, das waren — die bis jetzt herrschenden Parteien.

Und weiter, haben diese Parteien nicht alle ihre Kräfte eingesetzt für den Erlaß von Gesetzen über die Unfallversicherung, die Krankenversicherung, die Alters- und Invaliditätsversicherung, Gesetze von ungeheuerer socialreformatorischer Tragweite, die fast ausschließlich unseren Arbeitern zu Gute kommen? Es ist eine längst bekannte Thatsache, daß die erste Anregung zu dem Gesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter von der nationalliberalen Partei in Leipzig ausging, daß sie die Angelegenheit durch eine Petition an den Reichstag in Fluß brachte, nur allein die Herren Führer der Antisemiten beweisen ihre geschichtliche Unkenntniß, indem sie behaupten, die bis jetzt herrschenden Parteien hätten sich nie um die Arbeiterverhältnisse gekümmert.

Grade in derselben Stunde, in welcher eine so groteske Behauptung das Licht der Welt erblickte, hat im sächsischen Landtag, in der von unseren Radicalen so viel geschmähten Ersten Kammer, eine Verhandlung stattgefunden, welche recht deutlich das Verwerfliche und Unwahre der antisemitischen Anklagen illustrirte. Bei Gelegenheit der Berathung über den Eisenbahnetat brachte ein auf dem Gebiete der öffentlichen gemeinnützigen Bestrebungen wohlbekannter Großindustrieller, der Freiherr von Burgk, Besitzer bedeutender Kohlenbergwerke, einen Punct zur Sprache, welcher allerdings verdient, mit vollem Ernst und Nachdruck in das Auge gefaßt zu werden, nachdem schon früher, am 26. Februar, in der Zweiten Kammer ein anderer nicht minder für die Verbesserung der Lage der Arbeiter eintretender Großindustrieller, der Commerzienrath Niethammer, sich derselben Angelegenheit angenommen und dementsprechende Anregungen gegeben hatte. Es handelte sich um die Frage, ob der Staat in seiner Eigenschaft als großer Eisenbahnunternehmer nicht gut daran thue, für die vielen von ihm angestellten Unterbeamten und Arbeiter gemeinschaftliche, zweckmäßig eingerichtete und billige Miethwohnungen zu erbauen. Die Frage ist in der Ersten Kammer auf das Gründlichste erörtert und mit allseitigem Wohlwollen behandelt worden, denn auch der einzige Redner, welcher verschiedene Bedenken aussprach, verwahrte sich entschieden dagegen, daß er die Idee an sich verwerfe, nur wollte er, daß mit großer Vorsicht an ihre Verwirklichung herangetreten werde. Wir freuen uns, constatiren zu können, daß unter Denjenigen, welche warm für die von Herrn von Burgk in die Debatte geworfene Anregung eintraten, sich auch der Vertreter unserer Stadt, Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi, befand. Von der königlichen Staatsregierung ist, wie nicht anders zu erwarten stand, die Erklärung abgegeben worden, sie werde dieser Angelegenheit all' die ernste Erwägung zu Theil werden lassen, welche sie verdiene, und nöthigenfalls seiner Zeit mit Anträgen an den Landtag kommen.

Ein solches wohlwollendes Eintreten unserer Volksvertretung für die Interessen der Arbeiter hat aber nicht erst gestern und heute stattgefunden, sondern wer sich vermöge seines Alters und seiner Hinneigung für öffentliche Angelegenheiten um die parlamentarischen Verhandlungen der letzten Jahrzehnte hat kümmern wollen und können, der wird wissen, daß die „bis jetzt herrschenden Parteien" es zu keiner Zeit an Entgegenkommen gegen die sogenannten unteren Classen haben fehlen lassen. Freilich, so wie es die Herren Antisemiten sich denken und wie sie es lieben, in öffentlichen, in der Regel unruhig verlaufenden Versammlungen ist das nicht geschehen, sondern man hat in der oben angedeuteten Weise volles Verständniß für Das, was dem Arbeiterstand noth thut, an den Tag gelegt und damit wirklich praktischen Socialismus getrieben, dessen segensreiche Früchte auf die Dauer sicher nicht unterdrückt werden können. Derjenige, welcher in durch die Kunst der Reclame zu Stande gebrachter und buntscheckig zusammengewürfelter Versammlung schmäht, Späße und Witze zum Besten giebt und auf den Lachreiz der Menge speculirt, dann aber zum Schluß durch die Anstimmung von patriotischen Liedern der Sache ein anderes Gepräge zu geben sucht, ist es gewiß nicht, welcher das Wohl des Volkes und des Arbeiterstandes fördert; wohl aber können das Diejenigen von sich sagen, die ihr Amt als Volksvertreter in der von uns angegebenen ernsten Weise, ohne um die Volksgunst zu buhlen, ausüben und nur Das dabei in Rücksicht ziehen, was sie für gut und richtig erkannt haben.

Australien.

* Kaum ein Menschenalter ist es her, daß ganz Deutschland um einen Forscher trauerte, weil von ihm keine Kunde mehr in ein civilisirtes Land gelangt war, um einen Forscher, welcher zuerst einen bis dahin kaum beachteten Welttheil durchquert hatte und seit dem Antritt seiner zweiten Reise verschollen war, der Forscher war ein Deutscher, Leichhardt. Sein Schicksal weckte wohl zuerst das Interesse an jenem fernen Continent, von dem man bis dahin nicht viel mehr wußte, als daß er baumlos, wasserarm und von einer ganz tief stehenden Menschenrasse bewohnt sei. Kaum hundert Jahre sind vorüber gerauscht seit der Zeit, als der erste Gouverneur von Australien, Sir Philipp, am 20. Januar 1788 mit 11 Schiffen, 757 Sträflingen und 200 Soldaten in der Botanybai landete und Australien zur Verbrechercolonie machte. Bis in unsere Jahre blieb Australien Verbrechercolonie, die eine oder andere Provinz hatte sich früher oder später die Deportation aus dem Mutterlande verbeten, und auch Westaustralien, das 1850 von freien Einwanderern gegründet war und das sich um die Einfuhr von Verbrechern beworben hatte, mußte 1868 auf Drängen der übrigen Colonien diese Einfuhr einstellen. Wenn man erst seit etwa vierzig Jahren von einer Besiedelung Australiens sprechen kann, so muß man über die schnelle Entwickelung dieses Erdtheils und über die überschüssige Kraft, welche das Mutterland Großbritannien und ganz Europa dorthin abgegeben haben, staunen. Schon im Jahre 1879 konnte in Sydney eine Weltausstellung abgehalten werden, kurze Zeit darauf folgte die in Melbourne, bis die im vorigen Jahre ebendaselbst abgehaltene vorläufig den Reigen schloß. Bei dieser fabelhaften Entwickelung und großen Bethätigung der organisatorischen Aufgaben konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Colonien nach und nach selbstständig machten und nur noch einen losen Zusammenhang mit England aufrecht erhielten. Es kann daher auch nicht überraschen, daß die Colonien jetzt die völlige Loslösung planen und den Bund der vereinigten Staaten von Australien gründen wollen.

Neu-Südwales, Victoria, Queensland, Südaustralien, Westaustralien, Tasmanien und Neu-Seeland haben längst aufgehört, Kroncolonien zu sein, welche zu ihren Verwaltungskosten noch der Unterstützung des Mutterlandes bedürfen. Mit Ausnahme Westaustraliens, dem aber jetzt ebenfalls eine eigene verantwortliche Regierung gegeben werden soll, bilden diese Colonien vielmehr parlamentarisch regierte, mit ausgedehntester Selbstverwaltung ausgerüstete Gemeinwesen, die nur noch in so weit der vollen Selbstständigkeit entbehren, als das Mutterland ihnen Statthalter zuschickt und sie in ihren auswärtigen Beziehungen vertritt. Selbst in Bezug auf die Landesvertheidigung und in Zoll- und Handelsangelegenheiten verfügen sie vollständig frei. Wenn daher die Loslösung von England erfolgt, so ist sie eigentlich nicht viel mehr als eine Formalität, auf die man an der Themse schon seit Jahren vorbereitet ist. Denn schon seit Jahren ist man sich über den Eintritt der Trennung in Australien im Klaren und die Hissung der englischen Flagge in Neu-Guinea am 4. April 1883 seitens der Colonie Queensland war der erste selbstständige Schritt von internationaler Bedeutung. Zwar machte damals die englische Regierung den Schritt rückgängig und erkannte den Anspruch Deutschlands auf Neu-Guinea an, allein die Colonien protestirten dagegen und in ihren Parlamenten wurde manch derbes Wort laut. Entschiedener wurde der Widerspruch auf einer Conferenz der Colonien im December 1883 und im Mai darauf, wo die sogen. Föderal-Convention zusammentrat. Die Frage der Einverleibung Neu-Guineas und anderer Inseln der Südsee durch europäische Mächte hatte den Plan, einen Bund der australischen Colonien zu schließen, nicht erst gezeitigt, aber rasch der Verwirklichung entgegengeführt. Die Föderal-Convention, auf der alle Colonien vertreten waren, beschloß die Einsetzung eines Bundesraths und stellte die ziemlich weitgehenden Befugnisse desselben fest. Fünf Colonien traten diesem Bunde sofort bei, nur Neu-Südwales und das durch das Meer vom Festlande getrennte Neu-Seeland verharrten außerhalb desselben. Vorläufig ist der Bund noch ohne Macht, es fehlt ihm die Executive. Allein er ist auf dem Wege, eine Macht zu werden, wenn die nicht ferne Zeit gekommen ist. Als Seele der Loslösungsbestrebungen ist der Minister von Neu-Südwales Sir Henry Parkes zu nennen. Dieser von der Königin Victoria zum Ritter geschlagene australische Bürger, von Geburt ein Engländer, ist eine ungewöhnliche Erscheinung. Heute ein Greis von 75 Jahren, steht er, so schildert ihn die „Vossische Zeitung", an Thätigkeitsdrang, an Begabung, an Hingabe an eine Sache, die er durchführen will, hinter Gladstone kaum zurück, und wie dieser in England, so genießt Parkes in Australien eines persönlichen Ansehens, das seines Gleichen sucht. Seit mehr als 20 Jahren, so sagt er selbst in einem Schreiben, das er im vorigen Jahre an den ersten Minister von Victoria gerichtet hat, ist ein alle australischen Colonien umfassender Bund das Ziel, das er unablässig verfolgt hat. Schon in frühester Jugend hatte er den Boden Australiens betreten. Er kehrte jedoch — die Geschichte seiner Jugend ist etwas in Dunkel gehüllt — nach England zurück, lernte in Birmingham ein Handwerk und ging dann, 24 Jahre alt, im Jahre 1839 zum zweiten Male nach Australien, wo er sein Leben als gewöhnlicher Arbeiter gefristet zu haben scheint. Bei den städtischen Wahlen in Sydney im Jahre 1848 tritt er zum ersten Male in die Oeffentlichkeit hervor. Darauf gründet er eine tägliche Zeitung, wird in den gesetzgebenden Körper von Neu-Südwales gewählt, geht als Einwanderungs-Commissar für einige Zeit nach England, steigt zum Colonial-Secretair und schließlich, 1872, zum ersten Minister auf, als welcher er sich beinahe unentbehrlich gemacht zu haben scheint, denn der Posten ist ihm im vorigen Jahre bereits zum vierten Male übertragen worden. Besonders gerühmt werden seine Verdienste um den öffentlichen Unterricht; das von ihm ausgearbeitete und später beträchtlich erweiterte Schulgesetz gilt geradezu als ein Muster.

Sir Henry Parkes war und ist noch heute von dem im Jahre 1885 geschlossenen Bunde nicht befriedigt und hat deshalb den Anschluß von Neu-Südwales verhindert. Die Machtbefugnisse des jetzigen Bundesraths sind ihm zu gering; die Colonien müssen sich, so schreibt er, zu einer höheren Stufe des nationalen Lebens erheben. Die Frage der allgemeinen Landesvertheidigung, die im vorigen Jahre durch einen Bericht des britischen Generals Edwards aufgeworfen wurde, gab einen erneuten Anlaß zur Erörterung der Bundesfrage. Parkes erließ ein Rundschreiben und lud die Regierungen der australischen Colonien zu einer abermaligen gemeinsamen Berathung ein. Anfangs zeigte sich dazu anscheinend wenig Geneigtheit, denn man wollte Neu-Südwales dafür büßen lassen, daß es sich dem jetzigen Bunde ferngehalten hatte; aber schließlich überwog der innere Drang nach einem großen geeinigten Australien, und die Conferenz in Melbourne trat am 6. d. M. zusammen. Die Verhandlungen brachten zwar genug von den kleinen Eifersüchteleien, die unter den australischen Colonien herrschen, an die Oberfläche; aber im Großen und Ganzen kam in Reden und noch mehr in Trinksprüchen die Begeisterung für ein „Vereinigtes Australasien" und eine „einzige große Nation unter Einer Regierung und Einer Flagge" zum Durchbruch und zugleich das allseitige, hier und da zwar noch etwas verclausulirte Zugeständniß, daß man um der großen Sache willen alle untergeordneten Gesichtspuncte fallen lassen wolle. Sir Henry Parkes, sein Leben lang ein eifriger Vertreter des Freihandels, ließ sogar deutlich erkennen, daß er bereit ist, diesen Grundsatz fallen zu lassen und er erklärte die Tariffrage, die man stets gerade für die Hauptschwierigkeit gehalten hat, für eine Kleinigkeit. Außer Neu-Südwales haben aber alle Colonien das Schutzzollsystem eingeführt.

So hat diese Conferenz wieder den Stein weitergerollt, der über kurz oder lang das Gebäude der englischen Herrschaft in Australien zertrümmert.

Leipzig, 15. März.

* Auf der am 15. März in Berlin zusammentretenden internationalen Arbeiterschutz-Conferenz werden außer Deutschland folgende Staaten vertreten sein: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen, die Schweiz und Spanien. Die Namen der Delegirten Deutschlands haben wir schon aufgeführt. Als Delegirte der übrigen Staaten werden der Conferenz beiwohnen: Seitens Belgiens Baron Greindl, Staatsminister Jacobs, Director im Ministerium für Landwirthschaft Harzé und als Beirath Baron Arnold t'Kint de Roodenbeke; seitens Dänemarks: Geh. Etatsrath Tietgen, Fabrikinspector Dr. phil. H. A. Topsöe, Director einer Feuerversicherung L. Bramsen; seitens Englands: Sir E. Malet, Sir John Gorst, parlamentarischer Unterstaatssecretair im India Office, der Großindustrielle in Manchester Sir William Houldsworth und der Eisenindustrielle in Darlington David Dale; seitens Frankreichs: Jules Simon, Senator und Mitglied der französischen Akademie, der Senator Tolain, das Mitglied der Deputirtenkammer Burdeau, der Generalinspector und Präsident des Oberminenraths Linder, der Mechaniker Delahaye und als Beirath der erste Botschaftssecretair bei der Berliner Botschaft Dumaine; als technische Beiräthe sind diesen Delegirten beigegeben: der Gewerbeinspector Laporte, der Generalconsul Jacquet, der Cabinetschef des Senatspräsidenten Leben und der Ingenieur Pelle; seitens Italiens der Senator Gerolamo Boccardo, der Deputirte Vittorio Ellena und der Generaldirector der Statistik Luigi Bodio, als Beiräthe der Abtheilungschef im Finanzministerium Stringher und der Professor Moravno-Calatabiano; seitens Luxemburgs: Dr. J. A. Brasseur; seitens der Niederlande: der Berliner Gesandte Jonkheer van der Hoeven, der Ministerialrath im Justizministerium Snijders von Wissenkerke, sowie der Arbeitsinspector Struve; seitens Oesterreich-Ungarns, und zwar österreichischerseits: für das Handelsministerium Ministerialrath Béla Freiherr von Weigelsperg und der Central-Gewerbe-Inspector Ministerialrath Dr. Franz Migerka, für das Ackerbauministerium Ministerialsecretair Dr. Ludwig Haberer, für das Ministerium des Innern August Freiherr von Rappart-Lechsaber; ungarischerseits: Ministerialrath Dr. Julius Schnierer, Ministerialrath Béla Gränzenstein als Bergbaufachmann, sowie der Industrieinspector Josef Szterényi; seitens Portugals: wahrscheinlich der Berliner Gesandte Marquis de Penafiel; seitens Schweden-Norwegens: das Mitglied der ersten Kammer von Tham und der Generalsecretair im Ministerium des Innern zu Christiania Edvard Christie, zur Disposition dieser beiden Bevollmächtigten Ministerialsecretair Graf Wrangel; seitens der Schweiz: der Landammann Blumer und der erste Secretair des eidgenössischen Departements für Industrie Dr. Kaufmann. Die Namen der Vertreter Spaniens sind bis jetzt noch nicht bekannt gegeben.

* Der Bundesrath hielt gestern Nachmittag eine Plenarsitzung ab. An Vorlagen standen auf der Tagesordnung solche, betr. den zollfreien Einlaß roh geschnittener Hölzer und Fourniere zur Verwendung beim Bau von Seeschiffen, betr. die Abänderung des Eisenbahn-Betriebsreglements in Bezug auf die Beförderung von Equipagen, von Rottweiler Pulver, Roborit u. s. w., sowie der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Einrichtung von Grundbüchern, ferner die Beschlußfassung über die Anträge der Ausschüsse für Zölle und Steuern und Handel und Verkehr, über Zollangelegenheiten, sowie mündliche Berichte über Eingaben.

* Die Dankadresse der Arbeiter der Dortmunder k. Maschinen- und Central-Wagen-Werkstätte an den Kaiser hat folgenden Wortlaut:

„Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Die heute versammelten circa 1000 Arbeiter der königlichen Central-Maschinen- und Wagen-Werkstätte sind zusammengetreten, um Ew. Majestät ihren tiefgefühlten Dank für die Fürsorge für den wirthschaftlich schwächeren Theil des Volkes darzubringen, wozu auch wir gehören. Wir werden das Vertrauen, das Ew. Majestät in die Arbeiter legt, nicht täuschen und stehen treu zu Kaiser und Reich. Besonders hat uns der kaiserliche Gnadenerlaß erfreut, daß gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen seien, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der hohen Regierung befähigt werden. Wie aus Zeitungsberichten bekannt geworden, hat sich der Staatsrath gegen die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen ausgesprochen, aber die freiwillige Bildung solcher Ausschüsse besonders in den Staatsbetrieben empfohlen. Den Stufen des erhabenen Thrones nahen wir uns mit der unterthänigsten Bitte: Bei eventueller Bestimmung über den Wiederzusammentritt des Staatsrathes zu gestatten, daß aus unserem Kreise ein Arbeiter gewählt werde, welcher unser Vertrauen besitzt, um an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten und zur Wahrnehmung unserer Interessen bei den Verhandlungen theilzunehmen. In tiefer Ehrfurcht verharren: Die beauftragten Arbeiter der königlichen Maschinen- und Wagen-Werkstätte."

* Der „Post" zufolge hat der Kaiser sich während der Verhandlungen des Staatsraths einmal zu einer bündigen Erklärung erhoben über die Gründe, welche ihn veranlaßt hätten, als Staatsoberhaupt in den Gang des großen Streiks im vergangenen Frühjahr einzugreifen. In